

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

20.11.1901 (No. 317)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 20. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 317.

Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 29. Oktober d. J. gnädigst geruht, die nachbenannten Professoren in gleicher Eigenschaft zu versetzen:

1. den Professor Dr. Adolf Ausfeld am Gymnasium in Baden an jenes in Heidelberg,
2. den Professor Julius König am Gymnasium in Konstanz an jenes in Freiburg,
3. den Professor Joseph Bauer an der Realschule in Ueberlingen an das Gymnasium in Pforzheim,
4. den Professor Fidel Neuburger an der Höheren Bürgerschule in Buchen unter Enthebung von der Stelle eines Vorstandes dieser Anstalt an das Gymnasium in Konstanz,
5. den Professor Dr. Friedrich Bucherer am Gymnasium in Laubersheim an jenes in Baden.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. November d. J. wurde Expeditionsassistent Heinrich Deierling in Heidelberg nach Lauda versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Eisenbahneinnahmen und Etatsaufstellung in Preußen.

△ Berlin, 18. November.

Meldungen in der Presse über angebliche Ergebnisse der Etatsaufstellung in Preußen beruhen lediglich auf Kombination; denn die Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den übrigen Ministerien über den Etat sind noch nicht zum Abschluss gelangt, vielmehr dauern die kommissarischen Beratungen über die Anmeldungen der einzelnen Verwaltungszweige noch fort. Das hat seinen Grund in dem Umstande, daß noch kein endgültiger Beschluß darüber gefaßt ist, in welcher Höhe ein Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung für 1902 vorzusehen sein wird. Wie groß die Bedeutung des Eisenbahnüberschusses für den preussischen Staatshaushaltsetat ist, lehrt die Thatsache, daß in den letzten fünf Jahren folgende Summen aus dem Eisenbahnüberschuß über den Bedarf zur Verzinsung und Tilgung sämtlicher Eisenbahnschulden hinaus zur Bestreitung des allgemeinen Staatsbedarfs verfügbar waren: 1897/98 111,5 Mill. M., 1898/99 118,4 Mill. M., 1899 140 Mill. M., 1900 171,2 Mill. M. und 1901 185,7 Mill. M. In dem laufenden Jahre beträgt die Gesamtschuldsumme der Zuschüsse, welche aus den Ueberschüssen der Eisenbahnverwaltungen nach dem Staatshaushaltsetat geleistet werden müssen, 528,3 Mill. M. Die Eisenbahnverwaltung ist daran also mit mehr als 35 Proz. beteiligt. Ihr Ueberschuß wird an Bedeutung für die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushaltsetat lediglich, und zwar auch nur um ein Geringes, von den direkten Steuern übertroffen. Unter diesen Umständen hängt daher die Gestaltung der Ausgabeetats ganz wesentlich von der Höhe des in den Etat einzustellenden Ueberschusses ab, und es kann über einer Reihe fraglicher Positionen erst dann Entscheidung getroffen werden, wenn dieser etatsmäßige Ueberschuß feststeht. Bei der hervorragenden Bedeutung des finanziellen Ergebnisses der Eisenbahnverwaltung für den ganzen Staatshaushalt ist eine möglichst zutreffende Veranschlagung der Eisenbahneinnahmen an sich eine unbedingte Nothwendigkeit. Für das nächste Jahr bietet diese Veranschlagung aber insofern erhebliche Schwierigkeiten als sonst, als die Eisenbahneinnahmen in den letzten Monaten einen so erheblichen Anstieg aufzuweisen hatten, wie er seit dem Uebergange zum Staatsbahnsystem in Preußen noch niemals beobachtet worden ist. Um eine möglichst sichere Unterlage für die Veranschlagung der Eisenbahneinnahmen zu gewinnen, empfiehlt es sich daher, nicht bloß die fünf Monate des laufenden Jahres bis zum 1. September zur Beurtheilung heranzuziehen, sondern auch möglichst viel von den Ergebnissen der nächstfolgenden Monate dazu zu verwerthen. Man wird daher erst jetzt an die definitive Veranschlagung der Eisenbahneinnahmen und des Eisenbahnüberschusses herantreten, und wenn diese Veranschlagung erfolgt ist, dann auch die Verhandlungen mit den anderen Verwaltungszweigen über ihre Etats zum Abschluss bringen können.

Der Kaiser über Schiffsbautechnik.

* Charlottenburg, 18. Nov. In der heute in der Aula der Technischen Hochschule stattgehabten ersten Sitzung der dritten Hauptversammlung der Schiffsbautechnischen Gesellschaft hielt Seine Majestät der Kaiser nach dem Vortrag des Geh. Marinebauraths Brindmann über die Entwicklung der Geschützaufstellung an Bord der Linienschiffe und die dadurch bedingte Einwirkung auf deren Form und Bauart und in Anknüpfung an den Verlauf der Diskussion folgende Ansprache:

Ich glaube, in dieser Versammlung, welche die Frage hauptsächlich vom technischen Standpunkte aus betrachtet hat, ist vielleicht ein Hinweis auch nach einer anderen Seite von Interesse: ich meine nämlich den Einfluß der militärischen Forderungen auf die Entwicklung des Schiffbaues und Aufstellung der Artillerie. Es ist seitens des Vortragenden zurückgegangen worden auf die Linienschiffe der Segelzeit unter Anföhrung dessen, daß Ped- und Bugfeuer sehr unbedeutend ausgebildet gewesen sei. Die Linienschiffe entsprechen ganz bestimmten militärischen und technischen Anforderungen, ich glaube, man hätte vielleicht etwas weiter zurückgehen können. Wenn auf die Zeit der Galeeren zurückgegriffen worden wäre, so würde der Vortragende gefunden haben, daß doch bereits eine sehr energische Ausbildung des Bugfeuers stattgefunden hat. Wenn man die Galeeren mit den späteren Linienschiffen schlechthin vergleicht, so kann ich wohl sagen, daß dieselben den Linienschiffen gegenüber vieles voraus hatten, denn die Galeeren konnten auch bei stillem Wetter, ohne Wind, durch die Nieder eigentere Bewegungen ausfahren. Infolgedessen hatte die Galeerenflotte auch eine andere Taktik, als die Linienschiffeslotte; sie mußte ihre Buggeschütze möglichst zur Verwendung bringen. Daher wurde die Galeerenflotte in breiter Front entwickelt, wie die größte Galeerenflotte, die Schlacht von Lepanto, zeigt. Dort brachte der Admiral Don Juan d'Autria seine Galeeren halbmondbörmig in die Schlacht und zerschmetterte den Gegner durch die Ueberlegenheit seines Bugfeuers. Diese militärischen Anforderungen entspringen, wie ich schon anführte, der Taktik, und diese entspringt wiederum der Art und Weise der Fortbewegung der Schiffe vor der Zeit des Dampfes, unter Ausnutzung des Windes. Außerdem ist die Taktik bedingt von der militärischen Veranlagung der betreffenden Völker beziehungsweise ihrer höheren oder tieferen Veranlagung in Bezug auf Offensiv- oder Defensiv. Wir sehen in der Art und Weise, wie England seine Linienschiffe verwendete, daß man dort am liebsten durch den Angriff in die Linie die Breitformation zu durchbrechen versuchte und die Vor- und Nachhut zerprengte. Für diese Taktik waren die englischen Linienschiffe gebaut. Wiederum geht aus einem Beispiel der Seekriegsgeschichte, einem Gefecht zwischen einer englischen und französischen Fregatte, hervor, daß man sich schon damals mit der selbständigen Aufstellung von Geschützen beschäftigte. Es konnten nämlich 5 bis 6 schwere Geschütze bei Verfolgung durch einen überlegenen Gegner am Heck in ausstrahlenden Winkeln aufgestellt werden. Was den Punkt über die Entwicklung des Schiffbaues in England und Frankreich anlangt, der hauptsächlich maßgebend gewesen sei, so trete ich den Ausführungen der späteren Redner vollkommen bei. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, weshalb sich der deutsche Schiffbau rümen darf, eine selbständige Bahn eingeschlagen zu haben. Die deutsche Marine ist die erste, welche einen Seeoffizier im Range eines Kapitäns zur See als Vorstand des Konstruktionsbureaus eingesetzt hat. Von vornherein herrschte das Bestreben, den Einfluß der Front, des Seeoffiziers und der Schiffsführer auf Schiffskonstruktion und Schiffbau immer möglichst maßgebend zu gestalten. Aus diesem Grunde erab sich die Konsequenz, daß unsere Schiffstypen sich lediglich unter dem Einfluß der militärischen Anforderungen entwickelt haben, im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo der Techniker einfach ein Schiff konstruirte und die Marine damit fuhr. Diese Grundzüge sind veraltet. Allerdings muß der Schiffbauer den vorher angebotenen Kompromiß bezüglich des Artilleriefeuers mit den Anforderungen der Front zu vereinigen suchen. Ich glaube deshalb, daß die Schiffstypen, wie wir sie augenblicklich besitzen, sich weiter ausgiebig entwickeln werden und an Kampfsfähigkeit das leisten werden, was man vom militärischen Standpunkte aus verlangen kann. Ferner glaube ich, daß aus dem Zusammenwirken unserer Schiffbauingenieure mit unseren altbewährten Schiffbauwerkern nur Gutes hervorgehen werde. Nachdem ich mich vor dieser sachmännischen Gesellschaft in Bezug auf das Gebiet der militärischen Anforderungen aussprechen durfte, möchte ich noch eine kleine Anekdote zum Bräuen geben, die mir vor 15 bis 20 Jahren zugefallen ist. Bei meinem Interesse und in meinem Eifer für Marinefragen wandte ich mich an einen älteren Seeoffizier und erbat mir eine Aufklärung über das Metacentrum. Ich erhielt die Antwort, daß er das selbst auch nicht genau wisse, das sei ein Geheimniß. Nur soviel könne er sagen, daß, wenn das Metacentrum im Flaggenknopf läge, das Schiff umfallen würde.

Geh. Rath Busley sprach hierauf dem Kaiser im Namen der Versammlung den Dank für die Ausführungen aus.

Unsere Kolonien.

Am nächsten Donnerstag, 21. November, tritt der Kolonialrath wiederum zu einer mehrtägigen

Sitzung zusammen, und seine Beratungen über die Etats der Kolonien, die fortschreitende Abschaffung der Sklaverei, die Arbeiterordnung in Kamerun und andere Maßregeln zur Hebung der Kolonien werden das Interesse weiterer Kreise wieder einmal in lebhafter Weise auf unsere verschiedenen Schutzgebiete lenken. In den sechzehn Jahren, seit zuerst in Kamerun und Südwestafrika die deutsche Flagge aufgehißt wurde, ist unser kolonialer Besitz beständig im Wachsthum gewesen, freilich nur in bescheidenem Maße, wenn man ihn mit den Erwerbungen der Franzosen in Afrika und Hinterindien in derselben Zeit vergleicht. Aber er entspricht doch im ganzen den Anstrengungen, die wir darauf verwandten, der Teilnahme, der die Erwerbungen der Kolonien im deutschen Volke begegnete, und den Kräften in Betreff der Flotte und des Kapitals, über die wir verfügten. Wir sind spät in die Reihe der Seemächte und der überseeischen Handelsmächte getreten. Mehr als zweihundert Jahre, vom dreißigjährigen Kriege bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, ist Deutschland von dem Welthandel so gut wie ausgeschlossen gewesen. Die Bemühungen des Großen Kurfürsten, sich eine Kriegs- und Handelsflotte zu schaffen, waren in diesem langen Stillstand nur eine rühmliche, aber kurze Episode. Sie hatten keine Folge und erweckten weder bei seinen Nachfolgern noch im Volke Theilnahme. So kann es nicht verwundern, daß die ersten Versuche, Deutschland einen überseeischen Besitz zu erwerben, auf weit verbreitete Abneigung und geringes Verständniß, auch bei hervorragenden Politikern, stießen. Wir Deutschen waren, mit wenigen Ausnahmen, so ganz Binnenländer geworden, daß wir Sinn und Verständniß für Meeresherrschaft und Gründung von Kolonien verloren hatten. Die ersten, die für das große Publikum diesen Bann brachen, waren die deutschen Gelehrten und Reisenden Barth, Nachtigal, Schweinfurth und Kohls, die durch die anziehende Schilderung ihrer Fahrten die Phantasie der Leser in die Ferne lockten und ein Gefühl des nationalen Stolzes befriedigten, daß auch wir wenn nicht an dem Besitz, so doch an der Erforschung des dunklen Erdtheils theilnahmen.

Aber wie weit war doch, so führt die „Nat.-Ztg.“ aus, diese literarische Theilnahme und Freude noch von jeder praktischen Bethätigung entfernt! Die Erde, hieß es allgemein, sei ausgeheilt, wir wären dabei zu kurz gekommen, was zu beklagen, nun aber nicht mehr zu ändern sei. Was in Afrika noch zur Vertheilung stände, seien Sumpf- und Fieberlandchaften oder wüste Steppen, die Kosten an Geld und die Opfer an Menschen, die nothwendig wären, diese Gegenden zu besiedeln oder ertragsfähig zu machen, würden in keinem Verhältniß zu den Vortheilen stehen, die wir jemals daraus zu ziehen vermöchten. Die Meinung, die zuerst durch Cobden und seine Freunde in England aufgekommen war, daß jeder koloniale Besitz für das Mutterland zunächst eine Last und eine Gefahr und zuletzt eine Enttäuschung sei, wirkte auch bei uns nach. Diese Abneigung zu bekämpfen, die pessimistische Auffassung und die Trägheit in den Massen zu überwinden — dazu war die koloniale Schwärmerei, die sich goldene Berge von den kaum erworbenen Kolonien versprach, am wenigsten geeignet. Denn alle größeren Erfolge blieben anfänglich aus; bald hier, bald dort brach unter den Eingeborenen ein Aufstand aus; der Hungersnoth, die weite Gebiete heimlich suchte, folgte die Ninderpest; die mühsam angepflanzten Kaffeebäume erlagen den Schädlingen, die Heuschrecken vernichteten die Getreideernnten. Alle Klagen und alle Beschwerden, die von der Gründung einer überseeischen Kolonie unzertrennlich zu sein schienen, da sie sich beständig und unter allen Himmelsstrichen wiederholten, hatten wir auszuhalten, und kein Erfolg war im Stande, die Mißgunst und Gleichgiltigkeit gegen koloniale Verjuche und Unternehmungen in den Volksmassen mit einer Art Zauberschlag zu besiegen.

Ist es unter solchen Umständen nicht doch ein Zeichen deutscher Ausdauer und ein Beweis für unsere kolonialen Fähigkeiten, daß wir unseren Besitz in Afrika ausgedehnt, die Inseln in der Südsee und das chinesische Gebiet um Kiautschou dazu gewonnen haben, mit einem Kostenaufwand, der weit hinter dem zurückbleibt, was den Italienern ihre unglückliche Niederlassung in Erthraa und den Franzosen ihre Erwerbung der Luat-Dafen und ihr Vordringen zum Tschad-See gekostet hat? Unsere Festschlagung in Neu-Guinea, auf Samoa und den Karolineninseln hat uns für den künftigen Handel in der Südsee einen entscheidenden Platz und Standort gesichert, Kamerun und Togo, Ost- und

Südwestafrika sind unter deutscher Herrschaft nicht nur erforscht und von der Plage der Sklavenjagden befreit worden, auch ihr materielles Gedeihen schreitet von Jahr zu Jahr fort. Die Plantagen in diesen, die Viehzucht in jenen Landschaften erweitern sich, schon findet ein kleiner Theil unserer überschüssigen Bevölkerung in den Kolonien Beschäftigung und ein lohnendes Auskommen, schon gelangen, wenn auch nur spärlich und gleichsam verfuhrweise, die Erzeugnisse unserer Kolonien auf den Markt. Die Niederlassung in Tsingtau erregt die Eifersucht der Engländer, die darin ein nordchinesisches Sogkong wittern; die Größe und Sicherheit dieser Meeresbüchert sichert ihr in der Zukunft für den Verkehr den Vortzug vor dem russischen Port Arthur und dem englischen Wei-hai-wei. Gewiß steht in allem noch ein gutes Theil Zukunftsmusik, und die Hoffnungen überflügeln die Wirklichkeit. Aber eins ist doch unbestritten: Deutschland hat in Afrika, in Ostasien und in der Südsee festen Fuß gefaßt, für unseren Handel, unsere Industrie, unsere Bevölkerung ist dort ein eigener Grund und Boden gewonnen worden, den zu entwideln und immer ertragsfähiger zu machen, einzig von der deutschen Thatkraft und Unternehmungslust abhängt. Denn nirgends sind die Eingeborenen so stark, um uns jene Schwierigkeiten zu bereiten, mit denen die Franzosen in der Sahara, die Italiener in Abyssinien zu kämpfen haben. Ein religiöser Fanatismus, wie er die Mohammedaner befeuert, ist für uns an keiner Stelle zu fürchten. Eine ruhige, fortschreitende Entwicklung unserer Kolonien ist darum gesichert, wenn wir uns nur selber treu bleiben und in unserer Arbeit nicht nachlassen, wie langsam und mühevoll sie auch ist.

Eins wenigstens in dieser Hinsicht ist schon erreicht worden, was alle Opfer und Sorgen, die uns die Kolonien kosten und bereiten, reichlich aufwiegt. Wir selber haben wieder Vertrauen zu unserem Verstand und unserer Macht gewonnen, auch auf der See und in den fremden Erdtheilen mit den anderen Nationen zu wetteifern. Der Besitz der Kolonien hat unser nationales Selbstbewußtsein befestigt und unsern Horizont nicht nur in idealer, sondern auch in praktischer Weise erweitert. Er hat die Einseitigkeit und Abgeschlossenheit des Binnenländers überwunden und unserer Zukunft neue Aufgaben gestellt. Auf das engste hängt die Schöpfung unserer Flotte damit zusammen. Wir fangen an, uns wieder als seefahrende Nation zu fühlen. Das Wort „vom Fels zum Meer“ ist längst aus seiner literarischen Beschränkung getreten und zur nationalen Losung geworden. Unter den großen Nationen konnten die Deutschen allein nicht ohne Schiffe und Kolonien bleiben. Beide gehörten zu den Bedingungen des nationalen Lebens, unserer Wirtschaft und unseres Handels. Zum mindesten ist denn auch die geheime Schadenfreude geschwunden, die sich früher bei jedem Mißerfolge unserer kolonialen Unternehmungen in spöttischen Bemerkungen Luft machte. Selbst in den Kreisen, in denen man sie nicht liebt, bestreitet man die Nothwendigkeit unserer Kolonisation nicht mehr.

Ungarn und der Dreibund.

* Budapest, 18. Nov. Im Verlaufe der Abgeordnetensitzung am 18. Nov. hat der Abgeordnete Szell bezüglich der Zoll- und handelspolitischen Vereinbarung mit Oesterreich, er halte die Nachteile eines selbständigen Zollgebietes für Ungarn nicht für so groß, daß Ungarn sich Oesterreich bedingungslos ergeben oder schlechte Bedingungen annehmen müsse. (Beifall.) Sollten schlechtere Bedingungen, als sie der jetzige Ausgleich enthält, angeboten werden, so wäre er, Szell, der Erste, der diesen Ausgleich ablehnen würde. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Durch die Zolltrennung würde Oesterreich mehr verlieren, als Ungarn. Die österr. Industrie würde vom ungarischen Markte für immer verdrängt werden, allerdings würde auch Ungarn in Mitleidenchaft gezogen werden. Es würde das Uebel, welches Ungarn erleiden würde, wenig mildern, wenn Oesterreich mehr blute, daher wäre es für beide Theile vorthellhaft, es nicht zum äußersten kommen zu lassen. Auch führten die Verhandlungen jetzt Verhandlungen auf einer Grundlage, die dem zur Zeit bestehenden Uebereinkommen im wesentlichen entspräche. (Zustimmung rechts.)

Im weiteren Verlaufe seiner Rede tritt der Ministerpräsident den dreibundfeindlichen Aeußerungen des Mitgliedes der liberalen Volkspartei Stefan Rakowsky entgegen. Auf den Herrn Abgeordneten, sagt der Ministerpräsident, wirt die Belobung des unigen Verhältnisses zu den Bundesgenossen wie ein rothes Tuch; er bäumt sich völlig dagegen auf; obwohl er auch für Italien nicht schwärmt, ist es besonders Deutschland, das seinen Sympathien fernste steht. Ich erkläre nun, daß dieses innige Bündniß mit Deutschland im Interesse der Monarchie und Ungarns liegt, wie der Bund andererseits ein großes Interesse für Deutschland und Italien bildet. Rakowsky brachte vor, daß Preußen stets die Habsburger und deren Monarchie befehdt. Diese Behauptung ist anachronistisch. Der Krieg von 1870 veränderte die Situation völlig. Die Haltung unsres weisen großen Monarchen, seine nur von Pflichtgefühl und Liebe zu seinen Vätern erfüllte Stellungnahme, die Gründung des Deutschen Reiches, alles dieses und die geschichtlichen Thatfachen haben die preussischen Bestrebungen auf ein ganz anderes Gebiet verlegt und die preussische und deutsche Politik durchaus umgewandelt. Die Persönlichkeiten, welche Deutschlands Politik heute lenken, sind viel zu bedeutend, unter diese geht i erster Reihe der große Deutsche Kaiser, als daß sie jene überwundenen Traditionen ausgraben wollten. (Lebhafte Zustimmung und Beifall rechts.) Der Ministerpräsident analysirt sodann eingehend die Bedeutung des Dreibundes und sagt von ihm, daß er jedem der drei Staaten Macht und Sicherheit gewährt, wie keine andere Allianz. Aber d. s. Bündniß hat, so fährt der Redner fort, solchen Charakter, daß es ein vollkommen gutes Einvernehmen mit anderen Mächten nicht ausschließt, daß England, obzwar es dem Bündniß nicht beigetreten ist und der dort herrschen ein Traditio gemäß auch nicht betreten wird, sich dennoch an das Bündniß anlehnt. Das Bündniß ermöglicht ferner, daß bezüglich der Interessen auf dem Balkan der Dreibund wird behufs Erhaltung der internationalen Ruhe und auf Grundlage der freien Entwicklung der Balkanstaaten mit Auf- land einvernehmlich zusammengehen können. (Zustimmung rechts.) Was den Vorwurf betrifft, daß wir wegen des Dreibundes rüsten, so ist dies unrichtig, denn unsere Sicherheit liegt

in erster Linie in unserer Wehrkraft. Was den Alldutschen Verband betrifft, ferner was die Behauptung bezüglich des Gustav Adolf-Bereins und des Schulvereins betrifft, so bin ich dem Abg. Rakowsky verbunden, daß er mir Gelegenheit zu zwei Bemerkungen gegeben hat. Die erste Bemerkung ist: Falls es wahrnehmen würde, daß ein vangermanischer Verein hier gegen den ungarischen Staat oder gegen die Monarchie, gegen die Integrität des Landes oder die politische Einheit der ungarischen Nation eine Agitation betreibt, so werde ich dem unter allen Umständen entgegenzutreten. Die zweite Bemerkung ist die, daß jene Bestrebungen, welche die alldutschen Vereine zu verbreiten bemüht sind — ich spreche das auf Grund authentischer Informationen aus — seitens der leitenden Kreise Deutschlands keinerlei moralische oder anderweitige Unterstützung genießen. Keine deutsche Regierung steht in Fühlung mit dieser Agitation. Am entferntesten steht ihr die preussische Regierung, dies kann ich mit völliger Bestimmtheit und Positivität behaupten.

Die chinesische Kriegsschadigung vor dem französischen Parlament.

* Paris, 18. Nov. Deputirtenkammer. Die Kommission hat durch Gerabekung gewisser privater Forderungen, insbesondere der der Missionare, die Regierungsvorlage, betreffend die chinesische Kriegsschadigung, die auf 265 Millionen lautete, auf 210 Millionen ermäßigt. Abg. d'Estournelles bedauert die Herabsetzung, da die französischen Interessen im Orient nicht parteipolitischen Interessen entsprächen, sondern allgemein seien. Redner bedauert das ganze Chinaunternehmen überhaupt, da es der späteren Generation eine beklagenswerthe Ernte bringen würde.

Der Berichterstatter der Kommission, Hubbard, berichtet, daß der Anteil Frankreichs an der chinesischen Kriegsschadigung 286 Millionen und im Minimum 265 Millionen betrage. Zur Stunde kenne man die Höhe der Ausgaben für die Expedition noch nicht genau, die Ziffer von 195 Millionen beruhe nur auf vorläufiger Schätzung, es müsse auch eine Rücklage für die Witwen- und Waisensummen bleiben. Die erste Gruppe der Entschädigungsberechtigten setze sich zusammen aus Bürgern, Kaufleuten, Arbeitern und Beamten. Ihre Gesamtforderung betrage 10 Millionen, die sofort ausbezahlt werden soll. Darum schlägt die Kommission eine Ausgabe von 210 Millionen Franken vor, was darüber hinaus liegt, betrifft eine Finanzgesellschaft und die religiösen Gesellschaften. Die Finanzgesellschaft ist die Gesellschaft der Bahn von Hanlan nach Peking, für die eine Summe von 25 Millionen eingeschrieben ist. Die Kommission meint, die Gesellschaft interessire Frankreich vom Rechtsstandpunkte aus. Sie sei aber nicht rein französisch, denn sie sei eine französisch-belgische Gesellschaft sowohl in ihrer Leitung wie in ihrer Verwaltung und in ihrem Kapital. Frankreich habe kein Recht, ihr an Stelle der chinesischen Jahresrenten französische Renten zu geben, Belgien habe für dieselbe Gesellschaft 25 Millionen zugesprochen erhalten, zahlbar in Raten, die 35 Jahre laufen. Belgien habe aber keine Kreditsrente ausgegeben, warum solle sich Frankreich freigebiger zeigen? (Beifall links.) Ebenso verhalte es sich mit den religiösen Gesellschaften. Einige davon, wie die Lazaristen, seien juristische Personen und könnten ihre Ansprüche allein geltend machen. Die französische Regierung habe keine Ursache, sie vor der möglichen Zahlungsunfähigkeit Chinas zu schützen und ihnen an Stelle der chinesischen Raten französische Renten zu geben. Wir haben, sagt der Redner, im Gegentheil das lebhafteste Interesse daran, diese Gesellschaften zu einer Politik zu drängen, die sie in Zukunft Ereignissen fürchten macht, die für ihren Besitz gefährlich werden könnten. Warum soll weiter, anstatt das geltende Gesetz anzuwenden, die Regierung für die Jesuiten, die Franziskaner und die Trappisten in China eine Vorzugsstellung schaffen? Zu diesen Orden zählen auch Holländer, Deutsche und andere und diese sind so klug gewesen, ihre Forderungen gleichzeitig bei mehreren Nationen geltend zu machen. In einer chinesischen Provinz haben sie sogar schon 5 Millionen Entschädigung vom Kaiser bezogen. Solche Forderungen können niemals mit unserer Rente gedeckt werden. Die Kammer möge dies gestatten, wenn sie glaubt, daß die bisherige Politik des Schutzes gut ist. Ist sie im Gegentheil der Ueberzeugung, daß wir aus den Ereignissen werden eine Lehre ziehen müssen, so muß sie die bisherige Politik ändern und die Abschlüsse der Kommission gutheißen. Die Schwierigkeiten haben begonnen vom Tage an, wo Frankreich die Vertheilung der weltlichen Interessen der Missionare in die Hand genommen hat. Von da ab ist das Gewitter allmählich heraufgezogen und schließlich ausgebrochen. Rußland hat sich wohl gehütet, das Beispiel Frankreichs nachzuahmen und die religiöse Propaganda zu schützen. Es ist weiter gegangen und hat sich ausschließlich auf kommerziellen Boden gehalten. Wir hoffen, schließt Redner, daß die eiligeren dafür sorgen wird, daß fünfzig Millionen französisches Geld und Blut nicht mehr in den Dienst kosmopolitischer Gesellschaften und in den Dienst von Millionären gestellt werde.

Verthelot meint, die Frage des religiösen Protektorats hieße gewiß manderlei Unzuträglichkeiten, sie müsse aber beim Budget des Außeners behandelt werden. Hier handle es sich darum, Franzosen oder die im Dienste Frankreichs stehenden Ausländer zu schützen, die durch den Vorkaufstand gelitten. Es ist das eine Frage der Rechtlichkeit, nicht der Politik.

Ribot: Es ist unmöglich, gegen die Beschlüsse der Kommission hier nicht nachdrücklich zu protestiren, ich kann nur bedauern, daß dieser Bericht im Namen der Kammer gedruckt ist. (Beifall im Centrum und rechts, Lärm links.)

Berichterstatter Hubbard ruft: Lesen Sie doch die Stelle vor, die Ihnen nicht paßt! Ribot: Der Berichterstatter hat ein Mandat an sich gerufen, das ihm die Kammer nicht übertragen hat. (Der Redner kann nicht fortfahren, da er durch lärmende Zwischenrufe der Linken unterbrochen wird.)

Verteauer ruft: „Sie haben Ohrfeigen verdient!“ Der Vorsitzende fordert Verteauer auf, diese Worte zurückzunehmen. Verteauer weigert sich, und wird in seinen Ausdrücken noch heftiger.

Der Vorsitzende befragt die Kammer über die Verhängung der Zensur gegen Verteauer, diese wird ausgesprochen. Ribot befragt unter dem Jubel der Rechten und des Centrums von neuem die Tribüne, während die Linke lärmte. „Ich halte“, sagt er, „an dem Rechte der Tribüne fest, an unserer Freiheit gegen die Drunnet, die hier Beleidigungen und Gewaltthatigkeiten anwenden will, anstatt der Gründe. Ich rufe das Land zum Zeugen auf für dies Vorgehen, wo man einen ehemaligen Minister des Außeners verbinden will, seine Meinung zu sagen und das Unrecht darzulegen, das man seiner Meinung nach verübt.“

Diesen Worten folgte in erneuter Beifallssturm im Centrum und rechts. Die Linke tobte, der Vorsitzende verfuhr vergeblich, Riße zu stiften. Unter dem anhaltenden Lärm der Linken setz er seinen Gut auf und verläßt die Tribüne zum Zeichen, daß die Sitzung aufgehoben ist.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fährt Ribot fort: Wichtig ist die finanzielle Frage ist die aufgeworfene politische Frage. Wir dürfen das Patrimonium Frankreichs nicht vorübergehenden Spaltungen opfern. Frankreich hat im äußersten Osten, wie im Orient den Schutz der katholischen In-

teressen für sich in Anspruch genommen. Die Opposition will aber den französischen Einfluß bei den Missionaren und den großen Gesellschaften verschwinden machen. Man frage einmal die Ausländer, ob sie ihre Interessenvertretung bei den großen Eisenbahnlagen vernachlässigen. Hier dagegen will man die großen Unternehmungen entmuthigen. Man sagt, es sei vorzuziehen, daß die Katholiken vom Papste vertheidigt würden. Als Rom vor einigen Jahren einen Aunius in Peking haben wollte, ist der damalige Minister de Freycinet dem entgegengetreten, da er Frankreich den Schutz der katholischen Interessen im Orient bewahren wollte. Hat Herr v. Bismarck, der Mann der Wirklichkeiten, nicht im Orient einen Bischof vertheidigt, der einem aus Deutschland ausgewiesenen Orden angehörte? Man will Frankreich die Rolle eines neutralen Staates spielen lassen, man will, daß es sich in Europa isolire. Man sagt, wir hätten Unrecht gethan, nach China zu gehen. Deutschland, England, Italien und die Vereinigten Staaten schicken eine Armee nach China, und wir Franzosen sollen nicht dahin gehen? Wir, die wir Missionare dort haben! (Berichterstatter Hubbard: Das hat Niemand gesagt.) Ribot: Doch, es geht aus Ihrem Bericht hervor! Sie wollen die industriellen Gesellschaften und die Missionare von der Entschädigung ausschließen. Was wird aus dem Prestige Frankreichs, wenn der französische Gesandte in China keine Beziehungen mehr zu den Missionaren und den großen Gesellschaften hat? Auch die Gesellschaften haben in China gelitten, die in Frankreich keine juristischen Personen sind, und doch will man sie nicht entschädigen. Um ihre Willen hat Frankreich doch die Entschädigungen erhalten! Will die Regierung sich die Forderung stellen? Die Regierung muß sich deutlicher erklären und sagen, ob sie überhaupt keine Privatpersonen entschädigen will oder ob sie alle entschädigen will. Sie muß auch sagen, ob sie die in Frankreich nicht anerkannten Gesellschaften von der Entschädigung ausschließt. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Fortsetzung der Beratungen morgen.

(Telegramm.)

* Paris, 19. Nov. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, der sozialistische Abgeordnete Sembat werde in der heutigen Kammer Sitzung die Erörterung des Anleihegesetzes verlangen, die Regierung möge der Budgetkommission den geheimen Bericht übermitteln, den General Boyron infolge der von der Regierung angeordneten Untersuchung wegen der Plünderungen in China dem Marineminister erstattet habe. Mehrere Blätter behaupten, Sembat habe diesen geheimen Bericht, der großen Aufsehen erregen werde, bereits in Händen. Mehrere radikale Abgeordnete beschließen heute den Gesetzentwurf einzubringen, daß die Anleihe nur 200 Millionen betragen solle und daß die Entschädigungen sowohl an Private wie an Gesellschaften von dieser Finanzoperation ausgeschlossen bleiben sollen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 19. November.

Heute Früh traf der Geheime Legationsrath Dr. Freiherr von Babo in Schloß Baden ein und erstattete Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog Vortrag bis halb 1 Uhr. Danach nahm Seine Königliche Hoheit die Meldung des Rittmeisters Freiherrn von Gemmingen, Adjutanten bei der General-Inspektion der Kavallerie, bisher Eskadronchef im 2. Badischen Dragoner-Regiment Nr. 21, entgegen.

Flügeladjutant Oberst Graf von Sponeck meldete sich heute vom Dienst in Schloß Baden ab und Flügeladjutant Generalmajor Freiherr von Schönau zum Dienstantritt dajelbst.

Die Höchsten Herrschaften besuchen heute Abend das Konzert der Herzoglich Meiningenschen Soffkapelle im Konversationshause.

Die „Südd. Reichskorresp.“ schreibt:

Durch die Presse lief in den letzten Tagen die Nachricht, daß die badische Regierung nunmehr die Errichtung zweier Klöster gestattet habe, wobei übereinstimmend als künftige Klosterorte Waldbörn und die Insel Reichenau genannt wurden. Wenn in weiten Kreisen dieser Nachricht Glauben geschenkt wurde, so konnte dies nicht überraschen. Durch den Mund des früheren Staatsministers wurde wiederholt bei Verathung der Ordensanträge der Centrumsfraktion der Zweiten Kammer verhandelt, daß zwischen der Regierung und der Kurie Verhandlungen über die Errichtung zweier Männerklöster in der Schwebe seien. Derartige Verhandlungen — so lautete das öffentliche Urtheil — führt man nicht, wenn nicht eine prinzipielle Geneigtheit, den Wünschen der Gegenpartei zu entsprechen, besteht. Es kam nun in neuerer Zeit noch hinzu, daß innerhalb der liberalen Partei die Klosterfeindlichen Stimmen sich mehrten. Hat doch bei der jüngsten Landtagswahlkämpfe ein der liberalen Partei angehöriger Kandidat der Errichtung von Klöstern das Wort geredet, ohne daß die Parteileitung dies beanstandet hätte. Wir wissen gleichwohl nach unseren Informationen annehmen, daß es keine Eingeweihten waren, die jene Nachricht in die Oeffentlichkeit lancirten. Es scheint vielmehr seit dem im Sommer dieses Jahres eingetretenen Ministerwechsel eine Beschlußfassung der badischen Regierung über die Klosterfrage überhaupt noch nicht stattgefunden zu haben. Wenn vor einigen Wochen der neue Kultusminister Herr v. Dusch dem Erzbischof einen Besuch abstattete, so hat er damit einer Pflicht der Höflichkeit genügt, die er erfüllen mußte, welches sein Standpunkt in der Klosterfrage sein mag.

Zu derselben Angelegenheit wird der Münchner „Allgemeine“ aus Karlsruhe geschrieben:

Ziel besprochen wird jetzt die Absicht der badischen Regierung, zwei Männerklöster im Norden und Süden des Landes, in Waldbörn und auf der Insel Reichenau, anzulassen. Die Nachricht kam nicht gerade überraschend. Denn es ist bekannt, daß schon der frühere Kultusminister Doll seit mehreren Jahren mit der Freiburg-Kurie über diese Angelegenheit Verhandlungen geführt hat, welche zwar nicht mit der Gewährung, aber auch nicht mit der endgültigen Ablehnung schlossen. Auch haben sich hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Kammerfraktion schon früher dazu ausgesprochen, sie hätten zwar nicht zuzustimmen, aber auch vom Standpunkt als Abgeordnete keine Einwendung zu erheben, wenn die Regierung von der ihr ohne Mitwirkung der Kammer zustehenden Befugniß, Klöster anzulassen, Gebrauch machen wolle. Und von einigen der „jungen“ Nationalliberalen ist im jüngsten Wahlkampf geradezu als Stichwort ausgegeben worden, daß man die Genehmigung einiger Männerklöster als billig erachte. Zu den jetzt vorliegenden Nachrichten hat den nächsten Anlaß wohl

ein neuerlicher Besuch des kürzlich ernannten Kultusministers v. Dufschütz...

Kirchenkonvent in der Christuskirche am 25. November. Wegen der starken Nachfrage nach Eintrittskarten zu obigem Konzert wird auch Herr Friedrich Doert...

Die Karlsruher Schützengesellschaft hielt gestern Abend im Hotel „Grüner Hof“ eine außerordentliche Generalversammlung ab...

Dr. Sch. (Schnepf) Beobachtungen. Nachdem sich schon am 8. Oktober in höheren Lagen vorübergehend eine Schneedecke gebildet hatte...

B.N. Mannheim, 19. Nov. In dem Ladengeschäft von Fuchs und Pfeister am Wasserthurm überließ gestern ein Unbekannter die Ladenerin...

Die Wiesenstraße, 18. Nov. Bei der seitens der Sparkasse in Vorrath aufgeführten einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wurde über den Antrag...

Zur Frage der Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses

finden sich in der Nr. 91 des „Zentralblattes der Bauverwaltung“ einige bemerkenswerte Auslassungen von Ludwig Dilm...

Im Anschluß an eine kürzlich in Heidelberg stattgehabte Konferenz Sachverständiger, in der unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Wucherberger die Frage der Wiederherstellung des Otto-Heinrichsbau...

Sache in großer Hand zu wissen, und es würde uns mehr ehren, solches Glück mit Dank hinzunehmen...

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Brüssel, 19. Nov. Das „Petit Bleu“ meldet, nach einer Privatdepesche aus London sei die Frau des Präsidenten des Orange-Freestaats...

London, 19. Nov. Ritchener meldet aus Pretoria vom 15. November: Seit dem 7. November sind nach den Berichten der einzelnen Kolonnen 43 Buren gefallen...

Wienburg, 18. Nov. General Barker ist von seiner Aufklärungsexpedition nach Bethlehem zurückgekehrt. Es wurden während der Expedition 6 Buren getötet...

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

Peking, 18. Nov. Die Kaiserin-Witwe ernannte den jetzigen Gouverneur von Peking, Hu, zum Direktor der Bahnen im Norden...

Peking, 19. Nov. Prinz Tschun, der morgen nach Kairo abreist, sprach gestern bei der deutschen Gesandtschaft vor und hatte dabei eine Unterredung mit dem deutschen Gesandten...

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 19. Nov. Die Morgenblätter melden: Der Vizepräsident der Reichstags- und Landtagsabgeordneter...

München, 18. Nov. Kammer der Abgeordneten. In der heutigen Sitzung wurde die Beratung über die allgemeine Finanzlage fortgesetzt...

München, 19. Nov. Reichsbankpräsident Dr. Koch beendete gestern Vormittag unter Führung beider Bürgermeister das Münchener Rathhaus...

Wien, 18. Nov. Die Veteranen- und Kriegsgesellschaft von Wienberg hielten heute Abend im Leopold-Saale eine Protestversammlung ab gegen die Auslassungen des englischen Kolonialministers...

Darmstadt, 19. Nov. Die Zweite Kammer trat heute zu einer längeren Tagung zusammen. Bei der Beratung des Antrages Ulrich und Genossen...

Wien, 18. Nov. Die „Neue Freie Presse“ verzeichnet das in parlamentarischen Kreisen auftauchende Gerücht, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses...

Wien, 18. Nov. Der Budgetausschuß nahm nach sechsstündiger Verhandlung einige Artikel des Handelsministeriums und ohne Debatte die Kapitel „Allerböchste Hofstaat und Kabinetskanzlei“ an...

Paris, 19. Nov. Der Zentralausschuß der Kohlenwerke richtete an die Arbeitskommission der Kammer ein Schreiben, in dem er die Forderungen des Bergarbeiterverbandes...

Paris, 19. Nov. Der jüngst vom Schwurgericht in Auxerre freigesprochene Professor Hervé wird wegen seiner militärischen Agitation am 25. d. M. vor dem akademischen Disziplinarrath in Dijon erwidern.

Rom, 18. Nov. Heute Nachmittag war die erste Zusammenkunft der italienischen und englischen Delegierten zur Regelung der Fragen, die bezüglich der Grenze zwischen Erythraea und dem Sudan...

Barcelona, 19. Nov. Der Rektor der Universität ist auf seine neue Posten entbunden worden. Da diese Maßregel zu Kundgebungen der Studenten sowohl für wie gegen den Rektor Anlaß gab...

Sofia, 18. Nov. Die Sobranje nahm die Adresse in dritter Lesung an. Vor Schluß der Debatte führte der Minister des Aeußern Danew aus...

Athen, 19. Nov. Ungefähr 1000 Studenten drangen in die Geschäftsräume der Blätter „Afy und Aropolis“ ein, um gegen einen Artikel zu protestieren...

St. Petersburg, 19. Nov. Der Kaiser, die Kaiserin, die Kaiserlichen Kinder und der Großfürst-Thronfolger sind in Jaroskoje-Selo angekommen.

Verschiedenes.

Röln, 18. Nov. Wie die „Rölnische Zeitung“ aus Grevenbroich meldet, wurde dort gestern Vormittag ein starker Erdbeben wahrgenommen.

Lübeck, 18. Nov. (Telegr.) Die Bürgerschaft nahm die Senatvorlage betreffs Abschluß der Verträge mit der Lübeck-Büchener-Bahn wegen Neugestaltung der Eisenbahnanlagen und des Neubaus des Bahnhofs...

Leipzig, 18. Nov. Gestern Nachmittag wurde im Connewitzer Holz ein Mann erschossen aufgefunden, der später als der Direktor des Jüdtiger Einvereins, Otto Gramm aus Jüdtzig bei Wittenberg, erkannt wurde...

Insterburg, 19. Nov. (Telegr.) Vor dem Kriegsgericht fand gestern die Verhandlung wegen des Zweikampfes zwischen dem Oberleutnant Hildebrandt und Blaschowski statt...

Landshut (Bayern), 18. Nov. Kreisarchivar Dr. Ziegler, der früher lange Jahre Reichstags- und Landtagsabgeordneter war, ist heute hier gestorben.

Darmstadt, 19. Nov. (Telegr.) Das neue großartige Gebäude der hiesigen Turngemeinde, welches ausgedehnte Restaurationsräumlichkeiten enthält, ist gestern früh bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt...

Darmstadt, 19. Nov. (Telegr.) Man vermutet jetzt, daß das Feuer in der Turnhalle durch Unvorsichtigkeit auf der Bühne entstand, welche vorgestern bei einer Vereinsfeier benutzt und gestern abgeräumt wurde...

Christiania, 18. Nov. (Telegr.) Nach längerer Zeitungsfehde, betreffend einige von Björn Jernson gegen den verstorbenen Ministerpräsidenten Johann Sverdrup erhobene Beschuldigungen...

Baku, 18. Nov. (Telegr.) Auf einem von der Bakischen Naphtha-Gesellschaft für 5 Kopfen pro Kub gepachteten Terrain in Bibicbat springt seit gestern Abend eine mächtige Fontäne, die täglich eine Million Kub Naphtha liefert...

Großherzogliches Hoftheater.

Im Theater in Baden:

Mittwoch, 20. Nov. 8. Ab. Vorst. „Was ihr wollt“, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare, überf. von Schlegel. Anfang halb 7 Uhr Ende gegen 9 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd., d. 19. Nov. 1901. Vor der normewischen Küste ist eine tiefe Depression erschienen, welche den hohen Druck ganz auf Südwesteuropa zurückgedrängt...

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Datum, Barom. mm, Therm. in C., Wind, Richtung, Bemerkung. Rows for 18. Nov. (Nachts 9-11, Morgs. 7-11, Mittags 9-11) and 19. Nov. (Mittags 9-11).

Sturm. 1) Sturm und Regen. Höchste Temperatur am 18. November: 2.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.5.

Niederschlagsmenge des 18. November: 0.0 mm. Wasserstand des Rheins. Wagan, 19. Nov.: 3.14 m. gefallen 7 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raab in Karlsruhe.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsern lieben Bruder und Onkel

den hochwürdigen Herrn Geistl. Rath
Dr. Friedrich Wörter

Universitätsprofessor a. D.
Commandeur des Bertholdordens und
des Zähringer Löwenordens

heute Abend 8 Uhr, wohl vorbereitet durch
den Empfang der heiligen Sakramente, im
82. Lebensjahr nach schwerem Leiden zu
sich zu rufen.

Offenburg, den 18. November 1901.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Josef Rottler, Grossh. Notar.

Die Beerdigung findet in Offenburg am
Donnerstag den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr,
von der Pfarrkirche aus statt.

D 886

Ludwig Schweisgut,

Hoflieferant, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.



empfehlen sein Pianolager
— das bedeutendste am Platze — in
**Flügeln, Pianinos
und
Harmoniums.**

Vertreter der bedeutendsten Firmen
des In- und Auslandes.
Circa hundert Instrumente zur Auswahl
Fachmännische Garantie.
Reelle Preise. 538.13
Umtausch gespielter Klaviere.
Reparaturen und Stimmen.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Der Verwaltungsaktuar.

Leitfaden zur Vorbereitung auf die Prüfung
der Verwaltungsaktuare

von
Geh. Oberregierungsrath Freiherr von Bodman.

Preis geb. M. 2.50.

Die Zeitschrift für badische Verwaltung sagt:
... Nicht nur für junge Leute, welche dem Aktuarberuf sich
widmen wollen, auch für solche, die in dem Beruf bereits thätig
sind, und ebenso für Bezirksverwaltungsbeamte, welche eine zweck-
entsprechende Aus- und Weiterbildung der ihnen unterstellten
jüngeren Arbeitskräfte für den Kanzleibetrieb sich angelegen sein
lassen, wird das Werkchen ein mit besonderem Nutzen zu verwendendes
Hilfsmittel sein. Die Zeitschrift für Polizei- und Ver-
waltungsbeamte: Die Zusammenstellung ist außerordentlich
geschickt gemacht.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Badischer Frauenverein.

Die Abteilung III des Badischen Frauenvereins (für Krankenpflege)
beabsichtigt, anfangs des nächsten Jahres wieder einen Ausbildungskurs für
Sambkrankenpflegerinnen zu veranstalten, welcher am

Samstag den 4. Januar 1902

im Ludwig Wilhelm-Krankenhaus dahier eröffnet werden soll.

Der Kurs besteht aus dem theoretischen Unterricht von etwa sechswöchent-
licher Dauer und der praktischen Ausbildung in einem hiesigen oder auswärti-
gen Krankenhaus während eines Zeitraumes von zwei Monaten. Während
der Zeit des theoretischen Unterrichts wird der Unterweisung der Schülerinnen
im Kochen besondere Sorgfalt zugewendet werden.

Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Kosten der Verpflegung einer
Schülerin belaufen sich für den Tag auf 1 M. Diese Kosten können für die
Dauer des theoretischen Unterrichts auf Ansuchen ganz oder theilweise von der
Bereitschaft übernommen werden, die während der Dauer der praktischen
Unterweisung ermächtigenden Verpflegungskosten sind von den Beteiligten zu
bestreiten.

Frauenvereine, Gemeinden oder Kreisverbände, welche beabsichtigen, auf
diesem Wege eine Krankenpflegerin auszubilden zu lassen, werden gebeten, geeignete
Persönlichkeiten unter Vorlage eines Geburts-, Vermögens-, Schul- und bezirks-
ärztlichen Zeugnisses baldigt bei dem unterzeichneten Vorstand anzumelden.
Karlsruhe, den 5. Oktober 1901.

Der Vorstand der Abteilung III des Badischen Frauenvereins.

Gemeindejagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Wundslag verpachtet am

Donnerstag, 28. November 1901, Nachmittags 2 Uhr,
auf dem Rathhause daselbst die **Ausübung der Jagd** mit beiläufig 770 Hektar
Feld und Wald auf 9 Jahre (vom 2. Februar 1902 bis 1. Februar 1911),
wozu Steigerungsliebhaber einladet.

Wundslag, den 10. November 1901.

Der Gemeinderath.
Kendler, Bürgermeister.

D 254.2



**100—250 Mk. Monats-
gehalt, 10 Mk. pro Tag**

Reisebedürfnisse, Fahrkostenvergütung II. Kl.
gewährt etc. bes. d. Lebensvers.-Ges.
qual. Herren (auch Nichtfachleuten)
nach Anstellung als

Inspektoren.

Event. kurze Probezeit erforderlich.
Ausführl. Off., die diskret behandelt
werden, erbeten unter Nr. O. 302 an
die Exp. der „Karlsruher Stg.“

Lieferung eines Kassenchranks.

Die Gemeinde Döhlen vergibt die
Lieferung eines feuerfesten Kassen-
chranks. Lusttragende Unternehmer
werden ersucht, ihre Offerten, Zeich-
nungen nebst Preisliste an den unter-
zeichneten Gemeinderath einzulegen.
Döhlen, den 15. November 1901.

Der Gemeinderath:
Albiger, Bürgermeister.

Schreibgehilfenstelle.

Die Schreibgehilfenstelle **Groß-
Notariats Furthwangen** mit einem
Jahresentlohn von 720 Mark ist
sofort zu besetzen. Bewerber wollen
sich unter Vorlage von Zeugnissen als-
bald melden. Incipiente bevorzugt.
Furthwangen, den 15. Nov. 1901.

Groß. Notariat:
Ertel.

Darlehen

In kleinen Posten auf kürzere Zeit gibt
Selbstdarlehen an verb. Beamte und
Lehrer unter coul. Bed. und Discr.
Offerten unter **O. 332** an die Ex-
pedition dieses Blattes.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Sadung.
D 385.1 Nr. 45 139. Karlsruhe.
1. Der minderjährige Christian Fried-
rich Martin in Melsch, vertreten
durch seine Mutter Karoline geborene
Martin, Ehefrau des Fabrikarbeiters
Wilhelm Burkart daselbst als Vor-
mundin,
2. die Karoline Burkart geborene
Martin in Melsch, Prozeßbevollmäch-
tigter Rechtsanwält Emil Müller in
Karlsruhe klagen gegen den Christian
Kraus, Sattler, früher zu Karls-
ruhe, Steinstraße 7, zur Zeit unbekannt
wo auf Grund der in §§ 1708 und
1716 V. S. B. bezeichneten Verpflich-
tungen des Beklagten, vorbehaltlich
weiterer Unterhaltsansprüche, mit dem
Antrage, den Beklagten unter Ver-
fallung in die Kosten durch vorläufig
vollstreckbares Urteil zu verurtheilen:

- an den Vormund des Christian
Friedrich Martin von dessen
Geburt d. d. 25. Januar 1901
an bis zum vollendeten 16.
Lebensjahre einen Unterhalt durch
Entrichtung einer monatlichen
in dreimonatlichen Raten voraus-
zahlbaren Geldrente von 20 M.
zu leisten;
- der Karoline Burkart geborene
Martin die Kosten der Ent-
scheidung und die Kosten des
Unterhalts für die ersten sechs
Wochen nach der Entscheidung
mit 40 M. zu erlegen.

Der klägerische Vertreter ladet den
Beklagten zur mündlichen Verhandlung
des Rechtsstreits vor das Gr. Amts-
gericht zu Karlsruhe, Akademiestraße
2, II. Stock, Zimmer Nr. 14, auf
Donnerstag den 9. Januar 1902,
Vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zuse-
llung wird dieser Auszug der Klage
bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 18. November 1901.

Thum,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Sadung.
D 353.2 Nr. 70865. Heidelberg.
Die Firma August Rappes zu Hei-
delberg klagt gegen den Reisenden
Friedrich Bürkel zu Heidelberg, jetzt
an unbekanntem Orte sich aufhaltend,

unter der Behauptung, daß der Be-
klagte in seiner Eigenschaft als Reisender
der Klägerin Kundengelder ein-
genommen, solche aber ihr nicht abge-
liefert habe, mit dem Antrage auf Ver-
urtheilung des Beklagten zur Zahlung
von 300 M. nebst 5% Zinsen vom 1.
Dezember 1897, sowie vorläufige Voll-
streckbarkeitsklärung des ergehenden
Urtheils und ladet den Beklagten zur
mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor das Gr. Amtsgericht zu
Heidelberg auf

Dienstag den 14. Januar 1902,
Vormittags 9 Uhr,
Zimmer Nr. 7, 2. Stock.

Zum Zwecke der öffentlichen Zuse-
llung wird dieser Auszug der Klage be-
kannt gemacht.

Heidelberg, den 16. November 1901.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Fabian.

Angebot.
D 551.2 Nr. 18 532. Tauber-
bischofsheim. Bauer Jakob Dürr
von Wilschband hat beantragt, seinen
Bruder, den am 13. Juli 1837 in
Wilschband geborenen und etwa im
Jahre 1873 nach Nordamerika aus-
gewanderten Bauern Georg Dürr
von Wilschband für todt zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert,
sich spätestens in dem auf
Samstag, den 7. Juni 1902,
Vormittags 9¹/₂ Uhr,
anberaumten Aufgebotsstermne zu
melden, widrigenfalls die Todeserklä-
rung erfolgen wird.

Auch werden Alle, die über Dürr's
Leben oder Tod Auskunft zu er-
theilen vermögen, aufgefordert, spätes-
tens im Aufgebotsstermne dem Amts-
gericht Tauberbischofsheim Anzeige zu
machen.

Tauberbischofsheim, 12. Nov. 1901.

Wagner,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Angebot.
D 352.2 Donaueschingen.
Landwirth Karl Roth alt in Pföben,
vertreten durch Rechtsagent M. Reß-
ger in Donaueschingen, hat beantragt,
seinen verschollenen Sohn Anton
Roth, geboren den 25. März 1850
zu Pföben, woielbst er das Bürgerrecht
besitzt, zuletzt Expeditionsgehilfe in
Biel, für todt zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird
aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Dienstag den 17. Juni 1902,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichnetem Gerichte an-
beraumten Aufgebotsstermne zu mel-
den, widrigenfalls die Todeserklärung
erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über
Leben oder Tod des Verschollenen zu
ertheilen vermögen, ergeht die Auf-
forderung, spätestens im Aufgebots-
stermne dem Gerichte Anzeige zu machen.
Donaueschingen, 12. November 1901.
Groß. Amtsgericht.
gez. Dr. Bodenheimer.

Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Ph. Bauschliher.

Konkurs.
D 372. Nr. 12 566. Stodach.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen des Kaufmanns Michael
Dexle in Stodach hat der Ge-
meinschuldner einen Zwangsvergleich
vorgeschlagen. Zur Beschlußfassung
über die Annahme des Vergleichsvor-
schlages, sowie, auf Antrag mehrerer
Konkursgläubiger, über die Wahl an-
derer Gläubigerausschußmitglieder und
über die Verwerthung des Waaren-
lagers ist eine Gläubigerversammlung
berufen und Termin hierzu bestimmt
worden auf

Mittwoch den 4. Dezember 1901,
Nachmittags 1¹/₂ Uhr.
Der Vergleichsvorschlag und die Er-
klärung des Gläubigerausschusses über
die Annahmbarkeit desselben sind zur
Einsicht der Beteiligten dahier nieder-
gelegt.

Stodach, den 16. November 1901.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Abler.

Konkurs.
D 371. Nr. 12 712. Eberbach.
In dem Konkursverfahren über das Vermögen
des Rathschreibers Georg Pfeiffer
in Mülben ist zur Prüfung nachträg-
lich angemeldeter Forderungen beson-

derer Prüfungstermin vor Gr. Hof-
Amtsgericht dahier bestimmt auf
Dienstag den 17. Dezember 1901,
Vormittags 10¹/₂ Uhr.

Eberbach, den 18. November 1901.

Heinrich,
Gerichtsschreiber Gr. Hof-Amtsgerichts.

Konkurs.
D 370. Nr. 12 712. Das Konkursver-
fahren über das Vermögen des Schuh-
warenhandlers Leopold Finken-
feld in Rheinbischofsheim wurde nach
erfolgter Abhaltung des Schlußtermins
hierdurch aufgehoben.

Rheinbischofsheim, den 15. November 1901.

Gerichtsschreiber Gr. Hof-Amtsgerichts:
Kopf.

Groß. Hof-Amtsgerichtsschreiber.

Bekanntmachung.
D 387. Fahr. In dem E. Ber-
tinet'schen Konkurs soll eine Ab-
schlagsverteilung erfolgen. Bei einer
verfügbaren Masse von 20 000 Mark
sind 104 859 M. 97 Pf. nicht bevor-
rechtigte Forderungen zu berücksich-
tigen. Das Verzeichniß dieser Forder-
ungen ist auf der Gerichtsschreiberei
des Gr. Hof-Amtsgerichts Fahr zur
Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Fahr, den 18. November 1901.

Der Konkursverwalter.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Bekanntmachung.

D 326. Karlsruhe.
Namensänderung betreffend.
Uhrmacher Wilhelm Kapferer in
Karlsruhe möchte den Familiennamen
seines am 2. Juni 1882 daselbst ge-
borenen Kindes Theodor Raier in
"Kapferer" ändern.

Einmalige Einwendungen gegen die
Bewilligung dieses Gesuches sind binnen
3 Wochen dahier geltend zu machen.
Karlsruhe, den 15. November 1901.

Groß. Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
In Vertretung:
Säßsch.

Dr. Ritter.

Vermischte Bekanntmachungen.

D 356.2. Nr. 16 372. Freiburg.

Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Verdingung.

Die Erd-, Maurer- und Steinbauer-
arbeiten zur Herstellung einer Weg-
unterführung auf dem Haltepunkt Eich-
bach zwecks Befestigung des dortigen
bahnebenen Uebergangs sollen im Wege
der öffentlichen Ausschreibung zur Ver-
gebung gelangen.

Die Pläne, Zeichnungen und Ver-
dingungsantrag liegen im hiesigen Geschäfts-
zimmer während der Amtsstunden zur
Einsicht auf

Ebenfalls können Angebotsformu-
lare erbeten werden.

Nach auswärts werden Zeichnungen
und Bedingungen nicht versandt.

Die Angebote sind vor Ablauf bis
spätestens **den 30. November 1901,**
5 Uhr Nachmittags, zu welcher Zeit
dieselben im Besitze etwa anwesender
Bewerber eröffnet werden, portofrei an
mich einzuliefern.

Freiburg, den 16. November 1901.

Der Groß. Bahnbaupinspektor.

Straßenmaterial- versteigerung.

Groß. Wasser- und Straßenbau-
inspektion Emmendingen versteigert an
den nachfolgend bezeichneten Tagen die
Gewinnung, Befuhr und Zubereitung
des Unterhaltungsmaterials für die
Land- und Kreisstraßen für die Jahre
1902 und 1903. Die Steigerer haben
zahlungsfähige Bürgen mitzubringen.

Freitag, den 29. November d. J.
**Vormittags 9 Uhr auf dem Rath-
hause in Riegel.**

Die Lieferung von Rheinleis, Rhein-
leis, Koryph von Hünersfeld und
das Klopfen der Rheinleis für die
Straßen des Inspektionsbezirktes an
demselben Tage **Nachmittags**
3 Uhr auf dem Rathhause in
Bödingen.

Die Verfertigung von Klangsteinschotter
auf die Straßen des Inspektionsbezirk-
tes.

D 355.2

Samstag, den 30. November
d. J., Vormittags 1¹/₂ Uhr, im
Nebenfaale des Rathhauses zur
Sonne in Weibach.

Die Lieferung von Gneis, Granit, Lese-
steine und Grottenwaden und das Klopfen
dieser Steine für die Straßen des
Amtsbezirktes Waldtrich.

D 363. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Am 1. Dezember 1901 wird die
Station Zpringen für den gesammten
Wälderverkehr eröffnet.

Karlsruhe, den 15. November 1901.

Groß. Generaldirektion.